

Persönlich.

Die Mitte Kanton Solothurn informiert.

Ausgabe 2024 | 4

Volksabstimmungen vom 24. November

Die Vorlagen in der Übersicht.

Regierungsratswahlen

Unsere Kandidierenden im Fokus.



Die Mitte
Kanton Solothurn



Editorial

Liebe Parteikolleginnen und -kollegen
Liebe Leserinnen und Leser

Am 24.11.2024 stimmen wir über vier eidgenössische Vorlagen ab. In der vorliegenden Ausgabe erfahren Sie alles notwendige über die bevorstehenden Volksabstimmungen.

Dieser Ausgabe liegt ein Spendenaufruf für die kantonalen Wahlen 2025 bei. Am 9. März 2025 stehen die Regierungsrats- und Kantonsratswahlen an. Wir wollen mit Edgar Kupper und Sandra Kolly einen zusätzlichen Sitz im Regierungsrat holen und auch im Kantonsrat Wähleranteile zulegen und mindestens einen Sitz gewinnen, damit Die Mitte im neuen Kantonsrat mit mindestens 21 Personen vertreten ist. Diese Entwicklung ist von zentraler Bedeutung. Nur wenn die Mitte noch stärker wird, können wir mehrheitsfähige und zukunftsgerichtete Lösungen erarbeiten. Politik an den politischen Polen zu betreiben ist einfach. Politik in der Mitte ohne linke oder rechte Ideologien zu betreiben ist anspruchsvoll, aber umso wichtiger, denn wir bringen unseren Kanton Solothurn vorwärts. Nur mit linken und rechten Ideologien geht es überhaupt nicht vorwärts, wir bleiben am Ort stehen.

Damit wir uns noch stärker einbringen können, müssen wir die Wahlen gewinnen. Der Wahlkampf ist aufgegleist. Wir haben in allen Amteien volle Listen und zwei hervorragende Kandidaturen für den Regierungsrat. Der Wahlkampf kostet jedoch einiges. Allein rund 200'000 Flyer braucht es im ganzen Kanton als Wahlbeilage zu den offiziellen Kuverts. Es braucht Inserate, Hohlkammerplakate, APG-Plakate, Blachen, Flyer, Giveaways und eine Kampagne in den sozialen und digitalen Medien. Das alles kostet unsere Partei einen sechsstelligen Betrag.

Es ist uns bewusst, alle wollen Geld. Trotzdem möchten wir Sie freundlich anfragen, ob Sie mit einem Beitrag unsere Wahlkampfkasse unterstützen möchten. Jeder noch so kleine Betrag ist wichtig und leistet einen wichtigen Beitrag für einen erfolgreichen Wahlkampf und somit eine erfolgreiche und starke Mitte und dies wiederum ist wichtig für unseren Kanton Solothurn.

Ich danke Ihnen herzlich für Ihre Unterstützung und denken Sie daran, am 9. März 2025 zählt jede einzelne Stimme. Motivieren Sie Ihr Umfeld, Ihre Familie, Ihre Nachbarn bei den Regierungsratswahlen Sandra Kolly und Edgar Kupper zu wählen und bei den Kantonsratswahlen die Liste der Mitte einzulegen. Danke!

Ich wünsche Ihnen viel Vergnügen beim Lesen der vorliegenden Ausgabe!

Herzlich

Patrick Friker



2 Persönlich. 2024|4

Patrick Friker
Kantonsrat
Präsident Die Mitte Kanton Solothurn

Der Wahlkampfleiter hat das Wort

Liebe Parteikolleginnen und -kollegen

Am 9. März des kommenden Jahres stehen Regierungs- und Kantonsratswahlen an. Diese wollen wir natürlich gewinnen. Das wird nicht einfach sein. Wir sind zwar begehrte Verbündete wenn es um das Abstimmen im Kantonsrat geht; bei den Wahlen werden wir aber von links wie rechts bedrängt werden.

Leider stellen wir aber immer wieder fest, dass kaum mehr eine andere Partei als die unsere das Gesamtwohl in unserem Kanton und in der Schweiz im Fokus hat. Die meisten anderen Parteien vertreten einseitige Ideologien, Partikularinteressen oder werden von politischen Selbstdarstellern getrieben. Dies schadet nicht nur der politischen Kultur, sondern beschädigt auch unsere staatlichen Institutionen. Wenn diese nicht mehr funktionieren, ist auch die Demokratie beschädigt.

Eine gesamtheitliche Betrachtung in der Lösungsfindung kann nicht mit ideologischen Scheuklappen und einseitigem Vertreten von Einzelinteressen erfolgen.

Wir werden bei den Wahlen 2025 geeignete Kantonsratskandidatinnen und -kandidaten zur Auswahl stellen, die mit ihrer Erfahrung und ihrem Einsatz bewiesen haben, dass sie sich für einen starken Kanton Solothurn einsetzen.

Mit Sandra Kolly und Edgar Kupper haben wir zwei bestens vorbereitete Kandidaturen für den Regierungsrat. Sandra hat als Bisherige bereits bewiesen, dass sie Geschäfte mit Engagement und Herzblut vertreten kann. Edgar hat sich als langjähriger Gemeindepräsident und Kantonsrat immer wieder für tragbare und gesamtgesellschaftliche Lösungen eingesetzt. Das sind genau diese Stärken, die wir jetzt im Kanton Solothurn brauchen.

Daher bitte ich Euch alle um grosse Unterstützung für unsere Kantons- und Regierungsratskandidaturen! Es braucht eine starke Mitte, damit wir die Herausforderungen «**mittenand**» anpacken und lösen können.

Danke für Eure Unterstützung!



Patrick Schlatter

Kantonsrat, Wahlkampfleiter
Oberdorf

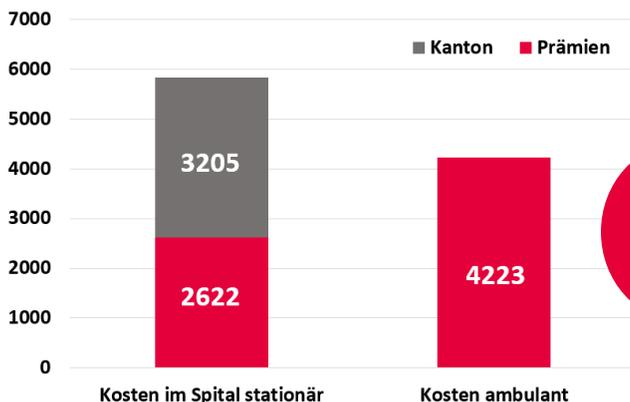
JA zur einheitlichen Finanzierung

Die EFAS-Abstimmung vom 24. November ist die wichtigste Abstimmung im schweizerischen Gesundheitswesen seit der Einführung des Krankenversicherungsgesetzes im Jahr 1996. Die Vorlage löst natürlich nicht alle Probleme. Sie beseitigt aber einen krassen Fehler bei der Finanzierung der Gesundheitsleistungen, der wesentlich dafür verantwortlich ist, dass die Krankenkassenprämien explosionsartig gestiegen sind und ohne Reform weiter steigen werden. Ein Ja ist der entscheidende Schritt zur Besserung!

Nehmen wir als Beispiel eine Leistenbruchoperation. Wenn ich die Operation im Spital mache, und dort auch noch übernachtete („stationär“), kostet sie 5827 Franken. Wenn ich sie im Spital „ambulant“ mache, also ohne dort zu übernachten (was in den meisten Fällen auch medizinisch gar nicht nötig ist), kostet sie wesentlich weniger, nämlich 4'223 Franken.

Trotzdem werden viel zu viele Eingriffe stationär gemacht, weil für die Krankenkassen der günstigere ambulante Eingriff teurer ist. Die Kantone zahlen nämlich bei stationären Eingriffen den grösseren Teil der Kosten, bei ambulanten dagegen nichts. Weil zudem die Spitäler an stationären Eingriffen viel mehr verdienen als an ambulanten, besteht ein dauernder Druck, die viel teurere und weniger sinnvolle Variante zu wählen.

Es klingt unglaublich: Aus diesem Grund werden in der Schweiz mit Abstand am wenigsten ambulante Behandlungen durchgeführt, nämlich nur 20 Prozent. In Deutschland und Österreich sind es etwa 30 Prozent, in vorbildlichen Staaten wie Dänemark oder Schweden sogar 50 Prozent. Den Preis zahlen für diesen Systemfehler die Patienten. Und genau dieser Fehler wird mit EFAS endlich beseitigt.



Das Problem:
Die einfachste und günstigste Behandlung lohnt sich für viele nicht und wird deshalb nicht gemacht.

Die Lösung ist erstaunlich simpel: Mit EFAS werden neu alle Behandlungen gleich finanziert, nämlich zu knapp $\frac{3}{4}$ durch die Krankenkassen und zu gut $\frac{1}{4}$ durch die Kantone. Dies entspricht der tatsächlichen Kostenverteilung in den Vergleichsjahren 2016 bis 2019. Sie wäre damals also „kostenneutral“ gewesen. Dies gilt neben ambulanten und stationären Behandlungen ab 2032 auch für die Langzeitpflege (Spitex und Pflegeheime).

Dies hat zwei positive Effekte:

-Alle heute falschen Anreize, zu teure und unnötige Behandlungen stationär statt ambulant zu machen (siehe oben), fallen weg. Die Kosten steigen damit wesentlich weniger als heute.

- Weil die Prämienzahler im grossen und schnell wachsenden Block der ambulanten Behandlungen um über $\frac{1}{4}$ entlastet werden und die anderen Blöcke kleiner sind und die stationären

ren Kosten weniger wachsen, gibt es eine zusätzliche Entlastung der Prämien, aber eine gewissen Mehrbelastung der Kantone.

Fazit:

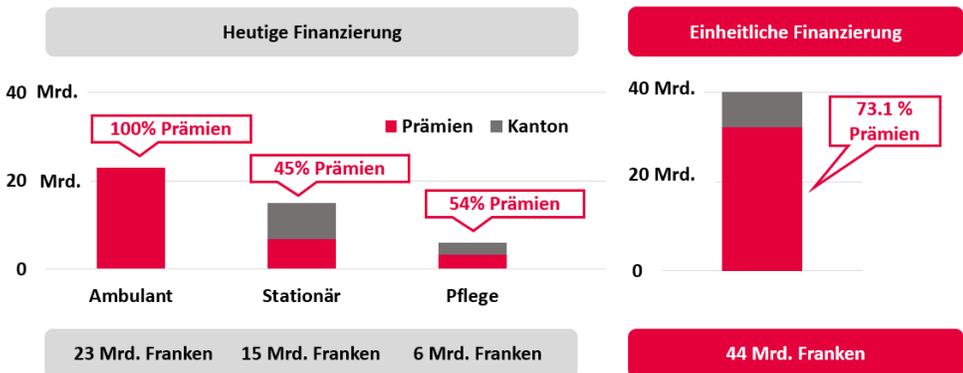
Ein Nein zur Reform vom 24. November lässt alles beim Alten. Wegen des falschen „Strickmusters“ steigen die Prämien ungebremst weiter. Ein Ja dagegen beseitigt den Systemfehler und bremst den Anstieg der Prämien gegenüber heute, ohne die Behandlungsqualität zu schwächen.

Ich empfehle Ihnen aus voller Überzeugung ein Ja.



Pirmin Bischof

Ständerat
Solothurn



Für mehr Rechtssicherheit

2x JA zu den Mietrechtsvorlagen

Wir stimmen am 24. November über zwei Vorlagen im Mietrecht ab, die naturgemäss sehr emotional diskutiert werden. Schliesslich müssen wir alle irgendwie wohnen und es ist allgemein bekannt, dass in den grossen Ballungszentren kaum noch Wohnraum zu vernünftigen Preisen erhältlich ist. Mit dieser Problematik haben die beiden Vorlagen aber schlicht nichts zu tun. Es geht bei den beiden Änderungen einzig um Rechtssicherheit. Und diese ist im Sinne von Mietern und Vermietern und mitnichten ein Winkelzug der «Immobilien-Lobby», wie das suggeriert wird.

Die erste Vorlage betrifft die Bedingungen zur Untervermietung. Mieter dürfen heute und auch nach dieser Revision eine Mietwohnung oder ein Geschäftslokal mit Zustimmung des Vermieters ganz oder teilweise untervermieten. Der Vermieter kann die Untermiete bei missbräuchlichen Bedingungen untersagen. Neu benötigt die Untermiete ein schriftliches Gesuch des Mieters und eine schriftliche Zustimmung des Vermieters. Nicht zustimmen muss der Vermieter neu, wenn eine Dauer von mehr als zwei Jahren vorgesehen ist.

Diese Änderungen sind keine unnötige Verbürokratisierung wie das die

Gegner behaupten, sie erhöhen vielmehr die Transparenz und Rechtssicherheit. Das ist insofern auch zeitgemäss, als die Untermiete beispielsweise auch über Plattformen wie Airbnb sehr einfach erfolgen kann – mit unabsehbaren Folgen für den Vermieter und die Mieter der benachbarten Wohnungen.

Die zweite Vorlage betrifft die Anforderungen an den Eigenbedarf, den man geltend machen muss, um als Vermieter einem Mieter kündigen zu können. Bisher konnte man ein Mietverhältnis innerhalb der gesetzlichen Frist kündigen, wenn ein dringender Eigenbedarf für sich, nahe Verwandte oder Verschwägte geltend gemacht werden konnte. Neu muss dieser Eigenbedarf nicht mehr «dringend», sondern «bedeutend und aktuell» sein. Auch hier geht es mitnichten darum, den Mieterschutz aufzuweichen. Dieser ist in Bezug auf die Kündigungen mit Fristerstreckungs- und Einsprachemöglichkeiten nach wie vor gut ausgebaut. Es geht lediglich darum, heute unpräzise Bedingungen zu ersetzen und damit Rechtssicherheit zu schaffen.



Stefan Müller-Altermatt

Nationalrat
Herbetswil

Kolumne

Neutralitätspolitik geht uns alle an

Gemeinsam mit dreissig weiteren Mitgliedern der Jungen Mitte Schweiz waren wir am letzten Oktober-Wochenende zu Gast in der österreichischen Hauptstadt Wien. Die internationale Reise stand in diesem Jahr unter dem Motto «Sicherheit und Zusammenarbeit».

In Wien durften wir einer Sitzung des ständigen Rates der OSZE beiwohnen, besuchten den Hauptsitz der UNO und wurden von Botschafter Raphael Nägeli in dessen Wiener Residenz empfangen.

Am zweiten Abend der Reise erwartete uns eine Podiumsdiskussion zum Thema «Sicherheitspolitik in Österreich und der Schweiz», welche gemeinsam mit der Jungen ÖVP durchgeführt wurde. Dem Anlass wohnten namhafte Expertinnen und Experten bei. Beispielsweise Walter Feichtinger, ehemaliger österreichischer Brigadier und heute europaweit einer der gewichtigsten Experten, wenn es um militärische Zusammenhänge geht.

Er war es dann auch, welcher mit seinen kurzen und prägnanten Einwüfen die Zuhörerinnen und Zuhörer zum Nachdenken anregte. Feichtinger warnte davor, keine ernsthaften Diskussionen zur Neutralitätspolitik zu führen. Zudem rief er in Erinnerung, dass militärische Neutralität nicht eine politische Neutralität bedeute. Die beiden Alpenstaaten seien gut beraten, dies in den Diskussionen auseinander zu halten.

Die Outputs aus der Diskussion blieben hängen. Und so reisten wir nachdenklich und gleichzeitig entschlossen zurück in die Schweiz. Es ist höchste Zeit, unsere Neutralitätspolitik wieder ins Bewusstsein unserer Gesellschaft zu bekommen. Oder wann haben Sie sich das letzte Mal ernsthaft damit beschäftigt?



Joël Müller

Präsident Die Junge Mitte Kt. SO
Herbetswil

7 Persönlich. 2024|4

Agenda:



Die tagesaktuelle Agenda findet man unter:
so.die-mitte.ch/events

Adressen:

Präsident Die Mitte Kanton Solothurn

Patrick Friker, Innere Kanalstrasse 12A
5013 Niedergösgen, Telefon 079 481 28 26
patrick.friker@bluewin.ch

Geschäftsführer Die Mitte Kt. Solothurn

Marius Winistörfer, Telefon 076 815 41 12
sekretariat@so.die-mitte.ch

Raiffeisenbank Wasseramt-Buchsli
4552 Derendingen
Konto CH06 8080 8009 8230 7524 5
Postkonto 45-3537-6

Die Mitte 60+ Kanton Solothurn

René Ackermann, Schulmeisterweg 6,
4710 Balsthal, Telefon 079 302 73 91
ackermann@bercom.net

Die Junge Mitte Kanton Solothurn

Joël Müller, Dorfstrasse 6, 4715 Herbetswil
joel.mueller@diejungemitte-so.ch



Die Mitte Kt. Solothurn im Internet:

so.die-mitte.ch
lsekretariat@so.die-mitte.ch

Impressum

Redaktion Ueli Custer-Meier, Erlenweg 13,
4514 Lommiswil, in Zusammenarbeit mit dem
Präsidium der Kantonalpartei und Vertretern
der Jungen Mitte, der Mitte 60+, des
Kantonsrates und der eidg. Räte,
Herausgeber Die Mitte Kanton Solothurn
Gestaltung und Realisation Marius Winistörfer
Druck Dobler Druck, Olten



JA zum Ausbauschnitt 2023 der Nationalstrassen

Die Nationalstrassen sind die Stütze des Strassenverkehrs in unserem Land. Auf rund 3 Prozent des gesamten Strassennetzes werden über 40 Prozent des Verkehrs abgewickelt, beim Güterverkehr sind es über 70 Prozent. Funktionierende Nationalstrassen entlasten Städte und Dörfer zuverlässig vom Ausweichverkehr und ermöglichen wirtschaftliches Wachstum und Wohlstand. Damit sie auch in Zukunft ihren Zweck erfüllen können, sind punktuelle Kapazitätserweiterungen unumgänglich.

Das Verkehrsaufkommen auf dem Nationalstrassennetz hat sich seit 1960 rasant entwickelt. Seit 1990 hat es um über 130 Prozent zugenommen. Besonders stark befahrene Nationalstrassenabschnitte sind regelmässig überbelastet. Die Folge sind Staus und stockender Verkehr.

Ohne Massnahmen werden laut Verkehrsprognosen des Bundes bis 2040 gut 453 Kilometer des Nationalstrassennetzes regelmässig überlastet sein, für fast 170 Kilometer werden täglich gar zwei bis vier Stunden Stau oder stockender Verkehr prognostiziert.

Den Verkehr wieder auf die Autobahn bringen

Überlastete Autobahnen führen zu Ausweichverkehr auf die Kantons- und Gemeindestrassen. Dies hat negative Auswirkungen auf die Bevölkerung, die Verkehrssicherheit, den öffentlichen Verkehr sowie den Fuss- und Veloverkehr. Ein guter Verkehrsfluss auf der Autobahn ist eine wirksame Massnahme gegen Ausweichverkehr.

Zuverlässigkeit des Nationalstrassennetzes auch bei Unterhaltsarbeiten erhöhen

Schon kleine betriebliche Unterhaltsarbeiten wie die Grünpflege, die Reinigung von Entwässerungseinrichtungen oder Tunnelwartungen führen auf stark belasteten Agglomerationsstrecken zu Verkehrsbehinderungen. Bei baulichen Unterhaltsarbeiten wie Gesamterneuerungen oder Tunnel saniierungen ist dieser Effekt noch wesentlich ausgeprägter. Die Ausbauprojekte tragen wesentlich dazu bei, die Resilienz des Nationalstrassennetzes zu erhöhen.

Die Abstimmungsvorlage «Ausbauschnitt 2023» benennt sechs dringliche Erweiterungsprojekte in besonders belasteten Regionen mit Gesamtkosten von 4,913 Mrd. Franken. Im Einzelnen handelt es sich um folgende Vorhaben:

- Wankdorf-Schönbühl (BE)
- Schönbühl – Kirchberg (BE)
- Rosenbergtunnel (SG)
- Le Vengeron–Coppet–Nyon (GE/VD)
- Rheintunnel (BS/BL)
- Fäsenstaubtunnel (SH)

Die ersten vier Abschnitte betreffen die A1, der fünfte die A2 und der sechste die A4. Bei diesen Vorhaben steht im Vordergrund: die Erhöhung der Zuverlässigkeit und Reduktion von Stauereignissen; die Entlastung umliegender Gemeinden vom Ausweichverkehr, die Behebung von Unfallschwerpunkten oder die siedlungsverträgliche Anbindung und Steigerung der Netzredundanz.

Das Parlament entschied sich nach einer Gesamtabwägung klar für den Ausbauschnitt 2023 (Nationalrat mit 162 gegen 29 Stimmen; der Ständerat mit 33 gegen 6 Stimmen). Das gegen den Ausbaubeschluss zustande gekommene Referendum richtet sich generell gegen einen weiteren Strassenausbau, ohne sich im Detail mit dem Handlungsbedarf in den betroffenen Landesteilen auseinanderzusetzen. Es ist anzunehmen, dass in Zukunft Ausbauprojekte auch auf anderen Teilstrecken und in anderen Regionen bekämpft würden.

Für meinen Teil empfehle ich mit Überzeugung, dem Bundesbeschluss über den Ausbauschnitt 2023 für die Nationalstrassen zuzustimmen.



Stefan Engler

Ständerat
Chur (GR)

Unsere Parolen
für die Volksabstimmungen vom 24.11.2024

JA
zur Sicherung der Nationalstrassen

JA
zu den beiden Anpassungen des Mietrechts

JA
zur einheitlichen Finanzierung der Gesundheitsleistungen

Die Mitte
Kanton Solothurn

Unsere Kandidierenden für den

Sandra Kolly (bisher)



Persönliches:

Geburtsjahr: 1970
Wohnort: Neuendorf
Beruf: Regierungsrätin
Zivilstand: Geschieden
Freizeit: Nordic Walking

Ausbildung und berufliche Tätigkeiten

- Kaufmännische Ausbildung
- Weiterbildungen in Leadership, Projekt- und Selbstmanagement
- Stv. Gemeindeverwalterin und -schreiberin Einwohnergemeinde Neuendorf
- Team- und Fachbereichsleiterin Kantonale Steuerverwaltung Bern
- Kaufmännische Leiterin und Mitglied der Geschäftsleitung eines Treuhandunternehmens

Politische Tätigkeiten:

2009 – 2021: Gemeinderätin Neuendorf, Ressorts Bau und Bildung
2009 – 2021: Kantonsrätin
2009 – 2013: Mitglied der Geschäftsprüfungskommission des Kantonsrates
2013 – 2021: Mitglied der Umwelt-, Bau- und Wirtschaftskommission des Kantonsrates
2013 – 2021: Präsidentin CVP Kanton Solothurn
2015 & 2019: Erste Ersatz-Nationalrätin
Seit 2021: Regierungsrätin, Vorsteherin des Bau- und Justizdepartementes

Was motiviert dich dazu, für eine weitere Legislatur als Regierungsrätin zu kandidieren?

Die Arbeit als Bau- und Justizdirektorin macht mir grosse Freude. In den bisherigen drei Jahren habe ich einige Projekte im Bereich Hochbau, Verkehr und Umwelt aufgleisen können, die ich nun sehr gerne weitere vier Jahre bearbeiten und vorantreiben möchte.

Was war für dich der grösste Meilenstein in der vergangenen Legislaturperiode?

Es gab mehrere: Zwei erfolgreiche Volksabstimmungen, die Erarbeitung des Masterplans Grenchen-Bettlach, aber auch der Umbau unserer eigenen Liegenschaft an der St. Urbangasse in Solothurn, wo wir moderne Multispace Arbeitsplätze schaffen konnten.

In welchem Bereich siehst du aktuell den grössten Handlungsbedarf in unserem Kanton?

Die Finanzen des Kantons und dass wir diese trotz des Massnahmenplans von 60 Mio. Franken im Lot halten können, wird eine der grössten Herausforderungen für die neue Legislatur sein.

Regierungsrat im Portrait

Edgar Kupper (neu)



Persönliches:

Geburtsjahr: 1970
Wohnort: Laupersdorf
Beruf: Biolandwirt, Ing. Agronom HTL, Geschäftsführer
Zivilstand: Verheiratet, 3 Kinder
Freizeit: Wandern, Familienausflüge

Ausbildung und berufliche Tätigkeiten

- Landwirt EFZ mit Berufsmatura
- Studium Agrarwissenschaften
- Arbeitsaufenthalt in den USA
- Landwirt mit Biohof in 10. Generation
- Gemeindepräsident Laupersdorf
- Geschäftsführer Solothurner Bauernverband

Politische Tätigkeiten:

1999-2013: Bürgerrat Laupersdorf
2005 – 2013: Bürgergemeindepräsident Laupersdorf
2023: Erster Ersatz-Nationalrat
Seit 2011: Kantonsrat, Mitglied der Umwelt- Bau- und Wirtschaftskommission
Seit 2013: Gemeindepräsident Laupersdorf
Seit 2021: Vizepräsident der Umwelt- Bau- und Wirtschaftskommission des Kantonsrates
Seit 2023: Vorstandsmitglied Verband der Solothurner Einwohnergemeinden

Was motiviert dich dazu, für den Regierungsrat zu kandidieren?

Ich bin sehr motiviert, auf höchster politischer Ebene die Geschicke des Kantons aktiv mitzugestalten und Verantwortung zu übernehmen. Dabei möchte ich unseren schönen Kanton und seine Gemeinden durch praxistaugliche Lösungen nachhaltig stärken.

Welche Kompetenzen bringst du mit, die im Regierungsrat gefragt sind?

Durch meine 25-jährige politische Arbeit auf kommunaler und kantonale Ebene verfüge ich über ein fundiertes Fachwissen, Teamfähigkeit und Führungserfahrung. Verantwortung zu übernehmen und Entscheidungen zu treffen bereitet mir dabei stets Freude.

In welchem Bereich siehst du aktuell den grössten Handlungsbedarf in unserem Kanton?

Die finanzielle Situation ist angespannt. Prioritär müssen verwaltungsinterne Prozesse optimiert, die Digitalisierung vorangetrieben und eine gezielte Standortförderung betrieben werden. Eine hohe Lebensqualität muss trotz Sparmassnahmen erhalten bleiben.



SAVE THE DATE!

Parteitag zu den Kantonalen Wahlen 2025



Alle Parteimitglieder, Sympathisantinnen und Sympathisanten sind herzlich eingeladen.



**9. Januar 2025
19:30 Uhr**



**Mühlemattsaal
Schulhausstrasse 9
4632 Trimbach**

Nutzen Sie die Gelegenheit und lernen Sie unsere Kandidierenden für die Kantons- und Regierungsratswahlen kennen!